

10 Punkte der Jungen Union Saar für eine große Koalition im Saarland

Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer hat mit dem Schritt, die sog. Jamaika-Koalition mit FDP und Grünen aufzukündigen, Mut und Führungsstärke bewiesen. Die Entscheidung ist konsequent und richtig.

Eine große Koalition aus CDU und SPD darf jedoch nicht bedingungslos geschlossen werden. Die Glaubwürdigkeit und das Profil der Union müssen weiterhin erkennbar und für die Bürger deutlich wahrnehmbar sein. Wir – die Junge Union Saar – verbinden mit der Bildung einer „Großen Koalition“ exemplarisch 10 Punkte, die notwendig sind, um unser Land weiter voranzubringen. Die genannten Positionen sind unsere Prüfsteine für die anstehenden Sondierungsgespräche und eventuelle Koalitionsverhandlungen.

1. Konsequente Einhaltung der Schuldenbremse

Die Jamaika-Koalition hat in den vergangenen beiden Jahren erste erfolgreiche Schritte zur Eindämmung der Verschuldung des Saarlandes unternommen. Eine neue Regierung muss diesen Weg konsequent fortsetzen und darf nicht nach dem Motto „neue Regierung - neue Begehrlichkeiten“ agieren. Vielmehr muss die Chance, die sich aus einer breiten Mehrheit im saarländischen Landtag kombiniert mit einer starken Verwurzelung von CDU und SPD in den Kommunen ergibt, genutzt werden, um Strukturreformen durchzusetzen. Nur so kann auch dauerhaft das Ziel einer vollständigen Haushaltskonsolidierung erreicht werden. Die Anreize zur interkommunalen Zusammenarbeit sind zu erhöhen.

Wir fordern ein klares Bekenntnis zur Einhaltung der Schuldenbremse. Daher treten wir dafür ein, die Schuldenbremse in der saarländischen Landesverfassung zu verankern.

2. Wichtige Infrastrukturprojekte müssen endlich angegangen werden

Die Arbeit der Jamaika-Koalition im Bereich Wirtschaftsförderung und Infrastruktur war in der Vergangenheit stets durch Bedenken der Koalitionspartner gehemmt. So stellten sich die Grünen, insbesondere die Umweltministerin mit allen ihrem Haus zur Verfügung stehenden Mitteln gegen dringend notwendige Infrastrukturprojekte, wie z.B. den Bau der Nordsaarlandstraße, der Ortsumgehung Homburg-Schwarzenacker, dem Projekt „Augasse“ in Ottweiler oder dem Bau einer Eventhalle in Saarbrücken. Dies verhindert insbesondere auch wichtige Wachstumsimpulse für die saarländische Wirtschaft und gefährdet damit Arbeitsplätze sowie den Wohlstand in unserem Land.

Eine große Koalition muss in den kommenden Jahren die Weichen für wirtschaftliche Dynamik und infrastrukturelle Erneuerung im Saarland stellen.

3. „Hände weg von den Schulen“ - keine weitere Strukturreform im Schulsystem

Nach den zahlreichen Bildungsreformen des vergangenen Jahrzehnts und dem nun gefundenen Kompromiss der Schaffung von Gemeinschaftsschulen, darf der bestehende Schulfrieden nicht erneut durch Strukturreformen aufgeweicht werden. Schüler, Lehrer und Eltern brauchen langfristige Planungssicherheit und Ruhe vor Bildungsreformen, um sich ihrer zentralen „Aufgabe“, nämlich dem Vermitteln und Erlernen von Bildung zu widmen.

Das grundständige Gymnasium in seiner jetzigen Form ist für uns unverhandelbar.

4. Stärkere Unterstützung industriepolitischer Ansiedlungen im Saarland und Strukturwandel

Die Industriepolitik war und ist ein wichtiger Bestandteil der saarländischen Wirtschaftsstruktur. Mit dem Ende des Steinkohlebergbaus werden Kapazitäten und Potential im Industriesektor frei, das es zu nutzen gilt.

Dies ist eine der Schwerpunktaufgaben der Wirtschaftspolitik in den kommenden Jahren und muss von einer CDU-/SPD-Regierung konsequent angegangen werden.

In diesem Zusammenhang fordern wir ein klares Bekenntnis zum „Industrieland Saarland“ einerseits und die dringend notwendige Weiterentwicklung der saarländischen Innovationsstrategie, die vom FDP-Wirtschaftsministerium in den vergangenen Jahren vernachlässigt worden ist, andererseits.

5. Energieland Saarland und nachhaltige Politik

Die Stärkung der saarländischen Position bei der VSE scheint die Chancen einer großen Koalition vorgelebt zu haben. Es gilt darauf aufmerksam zu machen, was die Grundlagen unseres Wohlstandes sind. Dazu zählen auch Kraftwerke mit fossiler Energie. Aus Sicht der Jungen Union darf es in einem möglichen Koalitionsvertrag nicht erneut zu willkürlich festgesetzten und ideologisch motivierten „Megawatt-Grenzen“ für neue Kraftwerke kommen. Das Saarland ist als Industrieland auf eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung angewiesen.

Gleichzeitig gilt es im Sinne einer nachhaltigen und ressourcenschonenden Politik, die Chancen der Energiewende (Masterplan Energie) zu nutzen und umzusetzen. So müssen auch Projekte wie das zur Elektromobilität weitergeführt werden. Das Saarland soll zu einer Modellregion für Elektromobilität werden.

6. Wahlrecht

Auch zukünftig soll im Kommunalrecht das bewährte Zählverfahren nach d`Hondt angewendet werden. Es ist Garant für eine transparente Abbildung des Wahlergebnisses in den Räten und beugt einer weiteren Zersplitterung der Räte vor. Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre lehnen wir ab. Wir treten für einen Gleichklang von Rechten und Pflichten junger Menschen ein.

7. Hochschulen

Das Saarland braucht auch zukünftig eine Universität, die dem Land entsprechend qualifizierten Nachwuchs generieren kann. Daher ist es dringend notwendig, dass die für den nächsten Globalhaushalt erforderliche Fortschreibung des Hochschulentwicklungsplans nun endlich zügig angegangen wird. Wir setzen uns ein für den Erhalt der Rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen sowie der Medizinischen Fakultät. Dennoch verschließen wir uns nicht einer bedarfsgerechteren Größe der Ausbildung. Um den Strukturwandel weiter voranzutreiben und den Wissenschaftsstandort Saarland zu stärken ist eine eigenständige Universität unerlässlich. Kooperationen der Hochschulen im Saarland sind insbesondere im ingenieurwissenschaftlichen Bereich zu begrüßen.

8. Ehrenamtliches Engagement stärken

Angesichts des demographischen Wandels werden zukünftig viele Aufgaben nur noch ehrenamtlich zu leisten sein. Daher fordern wir den weiteren Ausbau der Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit. So fordern wir, zu überprüfen, inwieweit die Einführung einer Ehrenamts-Karte finanziell und organisatorisch leistbar ist. Weiterhin fordern die Einrichtung und Unterstützung von Jugendstiftungen.

9. Vereinbarkeit Familie und Beruf weiter fördern

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eines der wichtigsten Kriterien für die Orts- und Berufswahl junger Familien. Daher treten wir für einen bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuungsangebote im Saarland ein.

10. Schlanke, moderne, bürgernahe und attraktive Verwaltung

Die Chancen einer Verkleinerung der Landesregierung durch eine Zweiparteien-Regierung sind zu nutzen. Wir begrüßen daher die Absichten, die Anzahl der Ministerien zu verringern. Gleichzeitig wünschen wir uns eine adäquate Vertretung der jungen Generation in der Landesregierung. In Reihen der Jungen Union gibt es zahlreiche erfahrene und qualifizierte Politiker, die bereit sind, Verantwortung für unser Land zu übernehmen.

Das Saarland braucht darüber hinaus eine schlanke, moderne, bürgernahe und für junge Menschen attraktive Verwaltung. Ziel muss sein, die saarländische Landesverwaltung zu der effizientesten, modernsten und bürgerfreundlichsten der Bundesrepublik zu machen.